

Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)
gemäß § 62 Abs. 2 der Geschäftsordnung

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Uwe Jens, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk,
Wolfgang Roth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD**
— Drucksache 12/4919 —

**Arbeitsplätze in der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie sichern,
ihren Strukturwandel aktiv begleiten und unterstützen**

A. Problem

Seit den 60er Jahren macht die Textil- und Bekleidungsindustrie einen tiefgreifenden Strukturanpassungsprozeß durch. In kaum einem anderen Bereich der deutschen Wirtschaft sind durch Strukturanpassung so viele Arbeitsplätze abgebaut worden, wie in der Textil- und Bekleidungsindustrie. Trotzdem hat die Textil- und Bekleidungsindustrie diesen Strukturwandel aus eigener Kraft und ohne staatliche Subventionen bewältigt.

B. Lösung

Die Bundesregierung soll durch den Deutschen Bundestag aufgefordert werden, im Dialog mit der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie, den Gewerkschaften und den Regionen die notwendigen Maßnahmen zu erarbeiten, um den Strukturwandel in diesen Wirtschaftsbereichen zu begleiten, Arbeitsplätze auf Dauer zu sichern, regionale Standortentwicklungskonzepte aufzustellen und weltweiten Wettbewerbsverzerrungen entgegenzutreten. Nach Ansicht der Fraktion der SPD sind für die Schaffung fairer Bedingungen, gleicher Marktzutrittschancen und eines von Verzerrungen und Subventionen freien Wettbewerbs vor allem entsprechende Regelungen im GATT oder im Rahmen eines neuen Welttextilabkommens erforderlich.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Bericht der Abgeordneten Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk

1. Die Fraktion der SPD hat bei der Präsidentin des Deutschen Bundestages gemäß § 62 Abs. 2 der Geschäftsordnung beantragt, einen Zwischenbericht des Ausschusses für Wirtschaft über den Stand der Beratungen des Antrages der Fraktion der SPD — Drucksache 12/4919 — zu geben.

Die Voraussetzungen für die Berichterstattung sind gegeben.

2. Der Antrag der Fraktion der SPD ist vom Deutschen Bundestag in der 164. Sitzung am 18. Juni 1993 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung überwiesen worden. Ohne ausdrückliche Bezugnahme auf diese Vorlage hat der Ausschuß für Wirtschaft am 10. November 1993 zunächst eine öffentliche Anhörung zur Lage der deutschen Textilindustrie durchgeführt, bei der zahlreiche Sachverständige der betroffenen Branchen, der Gewerkschaften, der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher, des IFO-Instituts für Wirtschaftsordnung und ein Vertreter der Kommission der Europäi-

schen Gemeinschaft zu Worte kamen (vgl. Protokoll Nr. 64 des Ausschusses für Wirtschaft).

3. Der Ausschuß für Wirtschaft hat in der 70. Sitzung am 2. Februar 1994 erstmalig die Vorlage beraten. Die Fraktion der SPD hat unter Hinweis auf die unterdessen erfolgreich abgeschlossenen GATT-Verhandlungen um einen umfassenden und aktuellen Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft über die Verhandlungsergebnisse der Uruguay-Runde und deren Auswirkungen auf die Textilindustrie gebeten. Nach Vorlage dieses Berichts werde die Fraktion der SPD über die weitere Behandlung ihres Antrages entscheiden.

Der relativ umfangreiche Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 4. März 1994 ist am 5. April 1994 als Ausschußdrucksache 530/12 verteilt worden, damit die Fraktion der SPD die wesentlichen Aussagen dieses Berichts noch für eventuell erforderliche Modifikationen und Aktualisierungen ihres Antrages verwenden kann.

Bonn, den 20. April 1994

Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk

Berichterstatteerin

